

Die Wiedervereinigung –
ein nie vergessenes,
aber lange unerreichbares
politisches Ziel

Grenzen der Deutschlandpolitik

Dorothee Wilms

Die Erinnerung an den Berliner Mauerbau vor fünfzig Jahren wird vielleicht hier und da noch einmal zu der Frage Anlass geben, ob die Politik in der Bundesrepublik Deutschland in den vier Jahrzehnten deutscher Teilung genug getan hat, um diese zu überwinden. Angesichts neuerer historischer Forschungen fällt heute eine Antwort darauf leichter als Anfang der 1990er-Jahre. Zwei Sachbereiche seien hier betrachtet.

Der internationale völkerrechtliche Aspekt

Die Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 löste bei der Bevölkerung in allen Teilen Deutschlands, vornehmlich in Berlin, größte Bestürzung aus. Aufgefahren amerikanische Panzer an der Sektorengrenze zu Ost-Berlin signalisierten zwar den Schutz der Westsektoren vor dem Zugriff der sowjetischen Truppen; sie ließen aber auch erkennen, dass sie den Bau der Mauer nicht zu verhindern gedachten.

Enttäuschung und Erleichterung prägten in den Wochen danach die Gemütslage vieler Bürger: Es war erfreulicherweise nicht zu einer denkbaren militärischen Eskalation in Berlin gekommen, die leicht in einem „heißen Krieg“ zwischen der Sowjetunion und den westlichen Mächten hätte enden können. Aber die Hoffnung auf eine baldige Vereinigung des geteilten Deutschlands und der Stadt Berlin schwand angesichts der Mauer und der gleichzeitig wachsenden militärischen Sperranlagen der DDR an der

innerdeutschen Grenze nun fast völlig dahin. Den Menschen wurde klar, dass offensichtlich keine der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die seit 1945 wegen Fehlens eines Friedensvertrages völkerrechtlich die Machtbefugnisse in Deutschland hatten, an einer Wiedervereinigung des geteilten Landes interessiert war. Die deutsche Teilung bedeutete auch eine Teilung Europas; die innerdeutsche Grenze war eine militärisch gesicherte Demarkationslinie zwischen den Machtblöcken in Ost und West.

Ulbricht drängte zwar 1961 auf eine undurchlässige Grenze zwischen Ost- und West-Berlin, um den großen Strom der aus der DDR in die Bundesrepublik Flüchtenden zu stoppen; die Anordnung zum Bau der Mauer aber kam von Chruschtschow. Die Sowjetunion war der eigentliche Herrscher über die DDR und nicht gewillt, diese aus ihrem Herrschaftsbereich zu entlassen, hatte Chruschtschow doch schon nach dem Genfer Gipfeltreffen 1955 die „Zwei-Staaten-Theorie“ verkündet: Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten seien möglich, wenn die sozialistische Ordnung der DDR gewahrt bliebe. Von freier Selbstbestimmung der Deutschen war also nicht die Rede. Adenauers diskrete Versuche in den Jahren danach, seine Fühler nach Moskau auszustrecken, um wenigstens für die Menschen in der DDR Erleichterungen zu erreichen, scheiterten.

Der Berliner Mauerbau lässt sich also im historischen Rückblick als ein tief grei-

fender Einschnitt für die deutschlandpolitischen Ziele der Bundesregierung Adenauer und aller ihrer Nachfolger deuten. Festzuhalten bleibt die enttäuschende Erkenntnis, dass eine deutsche Wiedervereinigung auch in den Folgejahren keineswegs im Blickfeld der vier Großmächte stand: aus Angst vor einer neuen deutschen „Übermacht“ in der Mitte Europas oder auch als moralische Antwort auf Hitlers Kriegs- und Vernichtungspolitik.

Die hoch gerüsteten militärischen Blöcke in West und Ost wandten sich Mitte der 1970er-Jahre aus wirtschaftlichen Gründen und wegen verstärkter Gefährdung durch gegenseitige atomare Bedrohung einem politischen Kurs der Entspannung zu. Dies ermöglichte es der SPD/FDP-Regierung unter Kanzler Willy Brandt (1969 bis 1972), eine „neue Ostpolitik“ einzuschlagen, die letztlich zu den innenpolitisch heiß umkämpften Verträgen mit der Sowjetunion (1970), einem Viermächteabkommen über Berlin (1971) und zum „Grundlagenvertrag“ mit der DDR (1972) führte. CDU und CSU drängten damals im Bundestag erfolgreich darauf, den Wunsch nach einer Wiedervereinigung gegenüber Moskau in einem Brief besonders zu betonen. Bayern führte durch eine entsprechende Klage ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (1974) herbei, welches jede Bundesregierung noch einmal auf das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz verpflichtete. Im „Grundlagenvertrag“ erkannte die Bundesregierung die DDR zwar staatlich an, aber unter der Feststellung „der unterschiedlichen Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage“.

In der Bundesrepublik war inzwischen eine junge Generation herangewachsen, die ein Gesamtdeutschland nicht mehr kannte und die oft lieber ins westliche Ausland als in die DDR reiste. In vielen Medien wuchs zwar wieder ein journalis-

tisches Interesse an der DDR, aber dieses galt nicht der die persönlichen Freiheiten beschränkenden Ordnung in Staat und Gesellschaft, sondern mehr den dortigen schönen Landschaften und den alten deutschen Kulturstätten. Der politische Ruf nach Wiedervereinigung wurde leiser; auch von den westlichen Alliierten und der Sowjetunion gab es keine neuen Signale.

In der SPD/FDP-Regierung unter Helmut Schmidt (1974 bis 1982) machten die innerdeutschen Verhandlungen Fortschritte im Sinne einer Begegnung der Menschen, vor allem durch bessere Reisemöglichkeiten. Zwischen einzelnen Vertretern von SPD und SED bildeten sich allerdings im Laufe der Jahre diskrete Arbeitskreise zu politischen Konfliktthemen, deren Ergebnisse sich in sogenannten Arbeitspapieren niederschlugen, in denen die Systemunterschiede in den politischen Grundfragen leider allzu oft verwischt wurden. Manche linken Politiker scherten aus dem bisherigen deutschlandpolitischen Konsens „Einheit in Freiheit“ aus.

Helmut Kohls Deutschlandpolitik

Der Rüstungswettlauf zwischen den militärischen Blöcken nahm Ende der 1970er-Jahre beängstigende Formen an. Um einer verstärkten sowjetischen Raketenaufrüstung, die vor allem Europa und Deutschland bedrohte, zu begegnen, kam es 1979 zu dem „NATO-Nachrüstungsbeschluss“, an dem Kanzler Helmut Schmidt international maßgebend mitgewirkt hatte, an dessen innenpolitischer Durchsetzung er aber als Kanzler scheiterte, weil Teile der SPD im Bundestag ihm ihre Unterstützung verweigerten. Erst Bundeskanzler Helmut Kohl setzte 1983 gegen heftige innenpolitische Widerstände diesen Beschluss parlamentarisch durch, was sich im historischen Rückblick als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wiedervereinigung

erwies, weil er die Sowjetunion langfristig zu einer neuen Politik zwang.

Die CDU/CSU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl (1982 bis 1998) brachte in der Deutschlandpolitik eine neue Akzentsetzung: Kohl akzeptierte zur Überraschung, ja zum Missfallen mancher Unionsanhänger die Verträge mit der DDR und versprach sogar, die innerdeutschen Beziehungen auszubauen zu wollen, damit mehr Menschen im geteilten Land zueinanderreisen könnten, um einer wachsenden Entfremdung entgegenzuwirken. In besonderer Weise aber betonte er wieder den Wunsch nach Wiedervereinigung. Er wusste: Nur wer in einer Demokratie von einem Ziel spricht, kann es auch im öffentlichen Bewusstsein halten! Kohls glaubhaftes Bekenntnis zu einem vereinten Europa und zu einer erhofften Wiedervereinigung im Einvernehmen mit unseren Nachbarn schaffte ihm eine Basis des Wohlwollens bei den westlichen Verbündeten, die ihm später zugutekam. International blieb das Desinteresse an einem vereinten Deutschland aber auch in den 80er-Jahren so konstant wie bisher. Die Verfasserin konnte bei Vorträgen im westlichen Ausland vor jüngeren Politikern beobachten, dass dort nahezu keine Kenntnis mehr vorhanden war über die Verpflichtungen der vier Mächte, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Die Deutschlandpolitik kam erst in Bewegung, als sich die internationale Lage durch die neue Politik von Michail Gorbatschow änderte. Im Juli 1989 kündigte er mit seinem Begriff des „Gemeinsamen europäischen Hauses“ die Breschnew-Doktrin auf, indem er praktisch alle Staaten des Warschauer Paktes, also auch die DDR, aus dem politisch-militärischen Herrschaftsbereich der Sowjetunion entließ. Anlässlich des vierzigsten Jahrestages der DDR im Oktober 1989 in Ost-Berlin empfahl er dort dringend Reformen und verweigerte später den Einsatz

sowjetischer Truppen für eine Niederschlagung der friedlichen Bürgerdemonstrationen, die nach Freiheit, später auch nach Einheit riefen.

Jetzt war erstmals seit vierzig Jahren international eine Lage entstanden, die den Deutschen gewisse Hoffnungen machen konnte. Diese Hoffnungen thematisierte Kanzler Kohl in seinem berühmten „10-Punkte-Programm“, das er am 28. November 1989 im Bundestag vortrug, um den Prozess der Einheit diplomatisch behutsam zu befördern.

Der steinige Weg zur Realisierung der Einheit sei hier nicht nachgezeichnet, aber doch noch einmal daran erinnert, dass keineswegs alle westlichen Nachbarn vom deutschen Anliegen begeistert waren. Es war noch eine lange Strecke, bis es im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zum „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ kam, der dem vereinten Deutschland die völkerrechtliche Souveränität geben sollte.

Es bleibt festzuhalten: Der Eiserne Vorhang musste fallen, damit Deutschland seine Chance zur Einheit bekam. Die deutsche Frage war immer eine europäische Frage, ja eine Frage der damaligen Weltmächte. Eine deutsche „autonome“ Wiedervereinigungspolitik war zu keinem Zeitpunkt seit 1945 möglich, wenn man sich an den schon von Adenauer aufgestellten Grundsätzen: „Freiheit – Frieden – Einheit“ orientieren wollte. Selbstbestimmung für die Menschen in der DDR gab es erst seit 1990.

Umstrittene Forschungen über das geteilte Deutschland

Als in der Bundesrepublik noch die Hoffnung auf eine baldige Vereinigung mit der DDR im Rahmen einer freiheitlichen Ordnung bestand, gründete der erste gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser 1952 (CDU) einen „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ unter maßgeblicher Beteiligung

des Nationalökonomen Karl Christian Thalheim. Der Beirat sollte Analysen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der DDR erstellen, aber auch konkrete Maßnahmen vorschlagen, die im Falle einer Wiedervereinigung sofort oder später zu ergreifen seien – selbstverständlich eine freiheitliche Ordnung vorausgesetzt. Mit dem Schwinden der Hoffnung auf eine baldige Vereinigung beginnt die wechselseitige und politisch umstrittene Entwicklung der Deutschlandforschung. Die Verfasserin hat sich dazu früher ausführlich geäußert („*Ungeahnte Dimensionen*“, in: *Die Politische Meinung*, Juni 2009).

Neue Impulse in der Deutschlandforschung

Im Zuge der internationalen Entspannungspolitik und des sich anbahnenden neuen Verhältnisses der Bundesrepublik zur Sowjetunion und zur DDR („neue Ostpolitik“) verlor dieser Forschungsbeirat zunehmend an Bedeutung. Er passte mit seiner kritischen Einstellung zum totalitären System der DDR nicht mehr in die politischen Vorstellungen der SPD/FDP-Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt. Empfehlungen zur Wiedervereinigung erschienen nicht mehr; 1975 löste der innerdeutsche Minister Egon Franke den Beirat zugunsten einer ministeriellen „Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen“ auf.

In diesen Jahren trat auch eine Forschungsrichtung stärker in den Vordergrund, die die Situation in der DDR nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Totalitarismuskritik betrachtete, sondern gleichsam wertfrei. Die „DDR-Forscher“ analysierten die Lage in der DDR anhand der veröffentlichten Unterlagen und stellten die Ergebnisse wertneutral neben die Analysen aus der Bundesrepublik.

In der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl versuchten der innerdeutsche Minister Heinrich Winden-

len und die Verfasserin, die Deutschlandforschung wieder auf eine methodisch und inhaltlich breitere Basis zu stellen. Es sollten zusätzlich auch wieder systemkritische, vergleichende Materialien über die Lage in der DDR und der Bundesrepublik erstellt werden. 1988 veranlasste die Verfasserin die Gründung eines „Arbeitskreises Deutschlandforschung“ beim innerdeutschen Ministerium, der aus breiter fachlicher und methodischer Sicht Analysen über die Situation im geteilten Deutschland erstellen sollte. Es wurden wieder erste „Materialien“ über die Lage in Deutschland erarbeitet, die auch als Grundlage dienten für den jährlichen Bericht „Zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“, den Kanzler Kohl im Bundestag vortrug und der seit 1983 auch wieder mit dem Hinweis auf die Teilung des Landes versehen war.

Gerade bei den der DDR-Planwirtschaft kritisch gegenüberstehenden Wissenschaftlern wuchsen schon damals die Zweifel an der Makellosigkeit und Schlüssigkeit der von der DDR-Regierung vorgelegten Daten und Statistiken. Manche statistischen Vergleiche erschienen angesichts der totalen Einbindung der DDR-Wirtschaft in den sozialistischen „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) und der Vorgabe fester Plandaten einerseits und der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik andererseits wenig plausibel.

Heute wissen wir es genauer: Die Statistiken, die die DDR veröffentlichte, waren wenig geeignet, ein realistisches Bild von der Wirtschaft und der Infrastruktur in der DDR zu zeichnen. Die Öffentlichkeitsarbeit der „Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik“ unterlag den Weisungen des SED-Zentralkomitees. Es wurde – wenn es politisch opportun war – geschönt, verfälscht, verschleiert. Selbst führende SED-Funktionäre wurden oft im Unklaren gelassen

über die wahre Situation in der DDR. Solche „Verschleierungen“ waren besonders beliebt bei Angaben über den Handel mit dem „nicht sozialistischen Ausland“.

Dies alles machte es im Vereinigungsprozess sehr schwierig, sich schnell ein realistisches Bild von der tatsächlichen Situation der Betriebe in der DDR und ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu verschaffen, die letztlich nicht gegeben war.

Begrenzter Spielraum

Die internationale Lage in Europa und der Welt sowie die völkerrechtliche Situation des geteilten Deutschlands seit 1949 erlaubten bis zum Sommer/Herbst 1989 nicht die leiseste realistische Hoffnung, eine der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges könnte auf der Basis eines Selbstbestimmungsrechts der Deutschen eine aktive Wiedervereinigungspolitik betreiben. Die Vereinigung Deutschlands blieb aber trotzdem für die meisten Deutschen ein Wunsch, wie demoskopische Umfragen des Allensbacher Instituts immer wieder belegten. Politisch blieb die Wiedervereinigung auch für die Unionsparteien immer das große Ziel, für dessen Realisierung man aber keine Handhabe sah, wenn man sich den Wünschen der Sowjetunion und der DDR nicht beugen wollte. Wie hätte eine Bundesregierung in dieser Situation operative Pläne für ein „Ereignis“ ausarbeiten sollen, dessen Zeitpunkt, Umstände und Bedingungen vollkommen im Dunkeln lagen? Man stelle sich vor, die Regierung Kohl hätte ohne Kenntnis jeglicher Konditionen sozusagen im „luftleeren Raum“ konkrete Unterlagen für eine Wiedervereinigung erarbeitet. Diese hätten dann nicht allein organisatorische Probleme – Postleitzahlsysteme vielleicht – betreffen müssen, sondern vor allem hochpolitische Themenkomplexe wie den Bereich der sozialen Sicherungssysteme, die Zusammen-

führung der Armeen und so weiter. Das hätte wohl zu Recht einen Sturm der Entrüstung in Politik und Medien ausgelöst. Wer heute dieses Verhalten als „Versäumnis“ der damals Regierenden in die historische Debatte wirft, verkennt die politische Realität.

Ohne Zweifel bestand innenpolitisch seit den 1970er-Jahren eine gewisse politische Spannung zwischen der Politik der innerdeutschen Beziehungen mit der DDR einerseits und unserer Forderung nach Selbstbestimmung für die Menschen in der DDR andererseits. Im Laufe der Jahre fanden sich auch zunehmend Politiker in der Bundesrepublik, die glaubten, diese Spannung nicht aushalten zu können und deshalb der DDR-Führung stärker entgegenkommen zu sollen, etwa durch Aufgabe der gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit oder Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus dem politischen Katalog. CDU und CSU können für sich in Anspruch nehmen, solchen Gedankenspielen nicht gefolgt zu sein.

Als sich dann im Spätsommer/Herbst 1989 doch – für viele überraschend und unerwartet – die Türen zu einem Prozess der Freiheit und Selbstbestimmung für die Menschen in der DDR zu öffnen begannen, war die Zeit des sofortigen, aber auch behutsamen politischen Agierens für die Bundesregierung gekommen. Niemand wusste in diesen Wochen, wie groß der Handlungsspielraum für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands sein würde. Es ist das große Verdienst von Helmut Kohl und seiner Regierung, mit diplomatischem Geschick, mit Tatkraft, aber auch mit Verständnis für die politischen und historisch-mentalalen Probleme unserer europäischen Nachbarn und ehemaligen Siegermächte dem Willen der Menschen in Deutschland nach Selbstbestimmung und Einheit in Freiheit zum Durchbruch verholfen zu haben.